



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Sekretariat des Ausschusses
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Ausschussdrucksache 20(13)124a

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“

BT-Drs. 20/10384

Unabhängige Frauen Fürth (UFF) e. V.

Familienausschuss PA13

Von: UFF <uff-fuerth@t-online.de>
Gesendet: Mittwoch, 21. August 2024 11:04
An: Familienausschuss PA13
Betreff: BT-Drucksache 20/10384

Stellungnahme: BT-Drucksache 20/10384

Stellungnahme von UFF e.V. (Unabhängige Frauen Fürth) zur Prostitutionspolitik in Deutschland

Die Unabhängigen Frauen Fürth e.V. (UFF e.V., www.uff-fuerth.de) setzen sich seit 20 Jahren ein, für die Gleichstellung von Frauen sowohl auf regionaler, als auch auf nationaler Ebene. Wir wollen Frauen „sichtbar machen“, d.h. ihren Verdiensten, Anliegen und Rechten in der Öffentlichkeit mehr Beachtung zu kommen zu lassen. Unser Ziel besteht in einer gerechten Gesellschaft auf Augenhöhe zwischen den Geschlechtern.

Das System Prostitution in seiner jetzigen Form läßt sich unserer Auffassung nach, nicht mit einer aufgeklärten, freien und gleichberechtigten Staatsform vereinbaren!

Frauen und Mädchen aus ärmeren Ländern werden von skrupellosen Menschenhändlern nach Deutschland gelockt, mit der Aussicht auf menschenwürdige Arbeit. Das Gegenteil ist der Fall! Sie werden als Sexsklavinnen verkauft, Geld verdienen die Zuhälter. Bei 10 bis 12 Freiern pro Tag kann von „freiwilliger Sexarbeit“ keine Rede sein, vielmehr von Ausbeutung und Zwang.

In sog. „Freierforen“ tauschen sich Männer in rassistischer und sexistischer Weise über Prostituierte aus und bewerten sie wie Gegenstände. Art 1, Grundgesetz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ beinhaltet auch die Würde von Frauen, die hier erkennbar schwer verletzt wird.

Kein Mann hat ein Recht auf Vergewaltigung, nur weil er dafür bezahlt. Das oft gehörte Argument, ohne Prostitution würde die Zahl der Vergewaltigungen in Deutschland stark ansteigen, stempelt Männer zu rein triebgesteuerten Wesen ab. Zudem werden Frauen mit Migrationshintergrund „geopfert“, um deutsche Frauen vor ihren Landsmännern zu schützen: Eine perverse Vorstellung!

Ein Umdenken in der Prostitutionspolitik ist dringend erforderlich. Betroffene Frauen brauchen niederschwellige Hilfsangebote, die eine echte Alternative zur Prostitution darstellen. Keinesfalls dürfen sie kriminalisiert oder ihre Not bagatellisiert werden.

Alle Profiteure (Freier, Zuhälter, Werbetreibende wie Taxifahrer, Zeitungsannoncen, Bordellbetreiber) handeln kriminell! Verbindungen zwischen Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche sind offenkundig. Die Prostitutionlobby betreibt eine lautstarke Täter-Opfer-Umkehr, die uns eine heile Hurenwelt vorspielt. Das Gegenteil erleben Betroffene tagtäglich: Martyrium ohne Ende, wie es Huschke Mau in ihrem Buch „Entmenschlicht“ beschreibt: „Warum wir Prostitution abschaffen müssen“. Als Sachverständige ist ihre Expertise von großer Bedeutung!

Alle demokratischen Kräfte in Deutschland sollte daran gelegen sein, daß unser Land nicht länger das „Bordell Europas“ genannt wird, daß Menschenrechte für alle Frauen, egal welcher Nation oder Bildungsstandes, gelten und daß dies durch eine eindeutige Gesetzgebung (Freierbestrafung) im Grundgesetz zeitnah verankert wird.

Mit engagierten Grüßen,

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

UFF e.V. (Unabhängige Frauen Fürth)